

Wir sind Flüchtling. Geflüchtete bekommen Unterstützung von Vertriebenen

Das folgende Interview mit Eva Hahn wurde geführt von Gruppe Erinnerung, München

Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2001 den 20. Juni zum Weltflüchtlingstag deklariert. Üblicherweise nutzen Initiativen, Kommunen und andere politische Institutionen diesen Tag auch in Deutschland, um auf die Lebensbedingungen von Geflüchteten hier aufmerksam zu machen und politische Forderungen zu artikulieren. In der Bundesrepublik hat er seit diesem Jahr noch eine andere Deutung erhalten: Im August 2014 hat die Bundesregierung beschlossen, genau diesen Tag zum „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ zu ernennen. Die Bundesregierung möchte „der weltweiten Opfer von Flucht und Vertreibung und insbesondere der deutschen Vertriebenen“¹ gedenken. Damit kommt sie einer lang gehegten Forderung der Vertriebenenverbände nach einem bundesweiten Vertriebenen-Gedenktag nach.²

Am 20. Juni gedenkt Deutschland – wie es Bundespräsident Gauck in seiner Rede an eben jenem Gedenktag formulierte – „zum ersten Mal an einem offiziellen bundesweiten Gedenktag jener Millionen von Deutschen, die am Ende des Zweiten Weltkrieges zwangsweise ihre Heimat verloren. Zum ersten Mal begeht Deutschland damit auch regierungsamtlich den internationalen Weltflüchtlingstag, wie er vor fünfzehn Jahren von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurde“³. Nicht nur, dass die Bundesregierung zum ersten Mal „regierungsamtlich“ dann Flüchtlingen und Fluchtprozessen gedenkt, wenn es sich um Deutsche handelt. Mit der Verbindung der historischen Ereignisse mit aktuellen Fluchtbewegungen setzt sie diese praktisch gleich. Gauck stellt sogar fest, diese Fluchtbewegungen gehörten „auf eine ganz existenzielle Weise zusammen“. In seiner Rede ruft er mit dem Begriff der Vertreibung genau jene Narrative auf, die seit Jahrzehnten den geschichtspolitischen Diskurs bestimmen: Millionen von Deutschen wären von jeweils anderen Bevölkerungsgruppen mit Gewalt aus ihrer lange angestammten Heimat vertrieben worden. Bilder von Trecks – bestehend vorwiegend aus Frauen, Kindern und Alten – die nach Westen ziehen bestimmen die Wahrnehmung. Dieses Narrativ hält sich hartnäckig, auch aufgrund der Politik der Vertriebenenverbände. Historischen Forschungen hält es allerdings nicht stand.

Die deutsch-tschechische Historikerin Eva Hahn forscht seit Jahrzehnten und gegen teils erhebliche Widerstände zu den Bevölkerungsbewegungen am Ende des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach. Sie fordert nachdrücklich, die Komplexität der damaligen Mobilitätsprozesse wahrzunehmen. Die Gründe dafür, warum Menschen im Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verlassen haben oder verlassen mussten, sind vielfältig. Die Politik der Alliierten nach Ende des Zweiten Weltkrieges, vor allem die Regelungen des Potsdamer Abkommens sind allerdings nur ein Teil davon. So verließ ein sehr großer Teil der Deutschen die Länder des heutigen Osteuropas, weil die eigene, die NS-Regierung, sie dazu aufforderte bzw. zwang. Sie befolgten also – freiwillig oder unfreiwillig – den politischen Willen der NS-Regierung. Später, nach Gründung der BRD, lag es im Interesse der Vertriebenenverbände und der Bundesregierung, die Anzahl der so genannten Vertriebenen so hoch wie möglich zu halten.

Vor diesem Hintergrund erscheint die ohnehin merkwürdige Gleichsetzung der Fluchtprozesse bei dem neu ausgelobten Gedenktag noch fragwürdiger. In einem Interview haben wir Eva Hahn gebeten, uns ihre Einschätzung bezüglich der Entscheidung der Bundesregierung für diesen Gedenktag zu geben und die Rolle der Vertriebenenverbände dabei zu beleuchten.

Welche Intention verfolgen die Vertriebenenverbände und die Bundesregierung damit?

Eva Hahn: Die Vertriebenenverbände forderten ursprünglich den 5. August als Gedenktag. Das unterstützte zwar die CDU/CSU, aber nicht die anderen Parteien; die kritisierten die Bezugnahme des 5. August auf die Charta der Heimatvertriebenen aus dem Jahre 1950, die sich wiederum ablehnend auf das Potsdamer Abkommen von 1945 bezog. In der Charta erklärten sich die Vertriebenenverbände nicht einverstanden mit den Plänen der Alliierten für ein Nachkriegseuropa und beanspruchten für sich ein 'Recht auf Heimat'.⁴ Der 5. August wurde daher als zu traditionalistisch kritisiert, zumal die Behauptung jener Charta, dass im Jahr 1950 die Vertriebenen die „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“ gewesen seien, kaum nachvollziehbar ist angesichts des Holocaust und der Folgen des Zweiten Weltkrieges in ganz Europa.

Aber die Politiker folgten der Forderung, einen neuen Vertriebenengedenktag einzuführen. Die Bundesregierung hat nun mit ihrer Entscheidung eine Kompromisslösung gefunden, die übrigens Volker Beck schon im Jahre 2011 vorgeschlagen hat. Die Vertriebenenverbände haben den Weltflüchtlingstag als Gedenktag an die „Opfer von Flucht und Vertreibung“ begrüßt, aber sie bemühen sich auch weiterhin um ihren ursprünglich gewünschten Gedenktag. Deshalb wurde noch zusätzlich etwa der Bayerische Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation am zweiten Sonntag im September eingeführt.

Die Frage, welche Intentionen der Forderung nach einem Vertreibungsgedenktag zugrunde lagen, ist nicht schwierig zu beantworten. Welche Gruppe würde eine derartige Hervorhebung in unserem kollektiven Gedächtnis ablehnen, wenn sie in der Lage wäre, sie durchzusetzen?

Problematischer ist die Frage, welche Geschichtsbilder wir konstruieren, wenn wir die eine oder andere Gruppe hervorheben. Aus dieser Perspektive finde ich es bedauerlich, dass man nicht lieber einen nationalen Gedenktag an die Antifaschisten einführt, die den Nationalsozialismus von Anfang an bekämpft haben – dem wird der heutige „Nationale Gedenktag an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft“ mit seiner Hervorhebung des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944⁵ aus den Reihen deutscher Militärs nicht gerecht, hebt er doch nur eine Gruppe Widerständler hervor, während uns die unzähligen einfachen deutschen Antifaschisten viel mehr Inspiration bieten können.

Welche politischen oder auch strategischen Ziele stehen hinter der Forderung der bayrischen, aber auch bessischen Vertriebenenverbände, einen zusätzliche landesweite Gedenktag als feste Institution beizubehalten?

Eva Hahn: Die Ziele erscheinen mir einfach: Man ist bestrebt, die Erinnerung an die Vertreibung vom Erinnern an den Zweiten Weltkrieg zu entkoppeln und die nach dem Krieg als Vertriebene konstruierte Bevölkerungsgruppe trotz ihrer völlig unterschiedlichen Erfahrungen zu einer homogenen Opfergruppe sui generis im kollektiven deutschen Gedächtnis zu etablieren. Das entspricht durchaus den seit der Gründung der Bundesrepublik geschichtspolitisch forcierten Bemühungen. Es handelt sich eigentlich um eine Form von politisch-historischem Traditionalismus.

Warum erhalten die Vertriebenenverbände breite Unterstützung von den verschiedensten Parteien, sowohl von den konservativen Parteien CDU/CSU, aber auch von der SPD bis hin zu den Grünen?

Eva Hahn: Daran ist nichts Überraschendes, da es sich um keine neue Erscheinung handelt. Die bundesdeutschen Parteien waren sich von Anfang an in ihrer Unterstützung der Vertriebenenverbände einig, und die Grünen haben sich diesem breiten Konsens angeschlossen, sobald sie zur regierungsfähigen Partei geworden sind. Gelegentliche Meinungsverschiedenheiten haben an diesem tief verankerten parteienübergreifenden Konsens nie etwas Wesentliches geändert.

Welches politische Kalkül steht deiner Meinung nach hinter der Umdenkung des Weltflüchtlingstags in einen Tag der Vertriebenen? Kommt dies nicht einer Relativierung der Gräueltaten der faschistischen Kriegsmacht gleich?

Eva Hahn: Natürlich handelt es sich um eine Relativierung der faschistischen Verbrechen, man muss sich nur vorstellen, wie ein jüdischer Flüchtling mit einem geflüchteten oder nach dem Krieg umgesiedelten NSDAP-Funktionär nun Hand in Hand einen gemeinsamen Feiertag begehen wird, und das auch noch, wenn dabei die Erinnerung an die Vertreibung im Vordergrund stehen soll ...

Warum erhielten die Vertriebenenverbände für ihren Vorschlag so große Unterstützung? Und warum ist dieses Thema jetzt wieder so aktuell?

Eva Hahn: Ich würde nicht von einer großen Unterstützung und Aktualität des Themas sprechen. Wie viele Menschen kennt Ihr, die sich über das Tun der Vertriebenenverbände wenigstens regelmäßig informieren? Ich kenne nicht viele, und daher würde ich die Frage ein wenig anders formulieren: Warum sind die Vertriebenenorganisationen im politischen Leben der Bundesrepublik eigentlich so einflussreich, dass sie sogar Gedenktage maßgeblich mitbestimmen können?

Sie begleiten die deutsche Politik nämlich spätestens seit 1953 als eine staatlich finanzierte Lobby und können daher seit Generationen viele Forderungen durchsetzen, selbst dann, wenn die breite Öffentlichkeit davon nicht einmal Notiz nimmt. Meist herrscht nur die Vorstellung vor, dass es sich um leidgeprüfte Menschen handelt, denen geholfen werden sollte. Darüber, warum die Vertriebenenorganisationen und deren Ziele stets von einigen Deutschen kritisiert wurden und bis heute werden, finden sich jedoch in den Medien kaum Informationen.

Es geht also um kein heute besonders aktuelles Thema, sondern nur um eines von vielen Beispielen, die die gesamte Geschichte der Bundesrepublik begleiten: Die Vertriebenenverbände stellen diese oder jene Forderung auf und die Politik folgt ihnen. Und weil unsere Parteien unterschiedlich sind, werden Kompromisslösungen gefunden.

Wenn die Öffentlichkeit so wenig Notiz von den Vertriebenenorganisationen nimmt, warum können sie immer noch Einfluss auf politische Entscheidungen in Deutschland nehmen?

Eva Hahn: Eure Frage klingt in meinen Ohren ein wenig so, wie wenn sich unsere Politiker nach den Interessen und Problemen derjenigen Menschen richten würden, die sie wählen. In einer Demokratie könnte man dieser Meinung sein, aber faktisch sind wir doch eher Objekt der Manipulation, erfahren nur so manches und schauen meist nur zu, was uns wann die Politiker erzählen, oder? Die Vertriebenenorganisationen sind nun seit Generationen ein fester Bestandteil des bundesdeutschen politischen Establishments, und solange zu wenige Menschen wenig Notiz von ihnen nehmen, nach ihrem Tun fragen und es nicht einmal öffentlich bekannt ist, mit welchen Summen unserer Steuergelder sie unterstützt werden, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn es auch weiterhin dabei bleibt.

Wer wird im politischen und auch wissenschaftlichen Diskurs als Vertriebener betrachtet?

Eva Hahn: Die meisten Deutschen stellen sich vor, dass ein Vertriebener irgendwo irgendwann mal von irgendjemandem vertrieben wurde. Wenn Sie sich jedoch die gängigen Angaben über die Zahl der Vertriebenen in der Bundesrepublik anschauen, dann stellen Sie fest, dass sie nicht nur sehr unterschiedlich, sondern auch im Laufe der Zeit gewachsen sind, obwohl seit der Gründung der Bundesrepublik nirgends Deutsche vertrieben wurden. Hierzulande wurde man nämlich zu einem Vertriebenen nicht durch die Erfahrung einer Vertreibung, sondern durch einen Vertriebenenausweis.

Nach dem Bundesvertriebenengesetz aus dem Jahre 1953 musste man weder vor dem Krieg noch danach in den sogenannten Vertreibungsgebieten – also östlich der heutigen deutschen Ostgrenzen – beheimatet, noch ein Deutscher gewesen sein, um in den Genuss eines Vertriebenenausweises zu kommen. Manchmal waren die Kriterien dafür ganz skurril: So galten als Vertriebene etwa Personen, „die nach dem Verlust der deutschen Kolonien aufgrund des Versailler Vertrages sich als Ansässige in

ihrer Heimat bis zum Zweiten Weltkrieg halten oder dorthin wieder zurückkehren konnten“⁶, damit sind die Personen gemeint, die nach dem 1. Weltkrieg auf dem Gebiet der ehemaligen deutschen Kolonien geblieben sind und dort beispielsweise unter britischem Mandat weiter lebten. Das Gebiet der ehemaligen deutschen Kolonien wurde so als 'deutsche Heimat' definiert. Ein weiterer Personenkreis waren diejenigen, „die während des Krieges zur Beherrschung und wirtschaftlichen Erschließung der von Deutschland besetzten ost- und westeuropäischen Gebiete berufen“ worden waren und denen „eine über eine Dienstverpflichtung übernommene Aufgabe“ dann „nach dem Kriege zur Last gelegt“⁷ wurde und sie z. B. nach Amerika flüchteten. Mir scheint die Bestimmung, dass die ins Ausland geflüchteten Bediensteten des NS-Okkupationsregimes als Vertriebene galten, sehr abstrus. Es lohnt sich, solche Formulierungen sorgfältig zu lesen, um zu begreifen, warum bis heute kaum jemand weiß, wie viele Deutsche eigentlich woher und wann vertrieben wurden. Erheblich erweitert wurde die Zahl der als Vertriebene bezeichneten Menschen natürlich auch dadurch, dass der Status des Vertriebenen erblich ist und die nach 1945 auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik geborenen Kinder von Vertriebenen auch in den Statistiken als Vertriebene figurieren.

Mit welcher Begründung können Deutsche, die sich in den ehemaligen Kolonien angesiedelt haben, als Vertriebene gezählt werden?

Eva Hahn: Dafür gibt es wohl keine rationalen Gründe und es wurden auch keine vorgelegt. Wahrscheinlich hing es mit den Enteignungen als Maßnahmen gegen das deutsche Auslandsvermögen zusammen. In den Kolonien wurde nach dem Ende des zweiten Weltkrieges das Vermögen der dort noch ansässigen Deutschen als Reparationsleistung eingezogen. In den damals britischen Kolonien wurden Deutsche bereits während des Zweiten Weltkrieges interniert, in Sammellager des British Empire gebracht und dann nach Deutschland abgeschoben. Auch diese Menschen gelten als Vertriebene. Die Bundesrepublik konstruierte die sog. Vertreibung als Bild eines angeblich von den Alliierten an Deutschen verübten Massenverbrechens. Deshalb galt: Je mehr Vertriebene, desto besser, und so bezeichnete man allerlei Bevölkerungsgruppen als Vertriebene.

Welche unterschiedlichen historischen Etappen werden im Begriff Vertreibung zusammengefasst?

Eva Hahn: Das Gros der Vertriebenen bildeten jene rund elf Millionen Deutsche, die vor dem Kriegsausbruch im östlichen Europa beheimatet waren und nach dem Krieg auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik ihre neue Heimat suchen mussten. Einen Teil von ihnen bildeten diejenigen, die ihre Heimat infolge der vom NS-Regime organisierten Umsiedlungen aus den Jahren 1939-1944 verloren haben. Ein großer Teil verließ die Heimat infolge der vom NS-Regime seit dem Sommer 1944 organisierten Zwangsevakuierungen.

Im Frühjahr und Sommer 1945 kamen jene Teile der Evakuierten nach Deutschland, die am Kriegsende noch unterwegs waren, und diejenigen Deutschen, vorwiegend aus Polen und der Tschechoslowakei, die als Vertriebene im gängigen Sinne des Wortes bezeichnet werden können: Sie wurden in der chaotischen Nachkriegszeit misshandelt und in einer völlig unregelmäßigen Weise verjagt oder flüchteten. Zwischen 1946 und 1948 wurden dann rund 4,8 Millionen Deutsche aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn unter der Kontrolle der alliierten Großmächte umgesiedelt. Es ist – wie Ihr seht – völlig unangemessen, selbst alle diese Menschen einfach als Vertriebene zu bezeichnen.

Welchen politischen Diskurs hatte dies zur Folge?

Eva Hahn: In der Bundesrepublik konstruierte man mit Hilfe des Bildes „Vertreibung“ Geschichtsbilder, die nicht auf präzisen Informationen beruhen. Daher konnten keine sachlichen Diskussionen darüber geführt werden, wie es zur Vertreibung kam und warum. Dass es sich um die Folge des Zweiten Weltkrieges handelte, war offensichtlich, aber die Legenden darüber, dass für die „Flucht und

Vertreibung“ angeblich die einstigen Kriegsgegner verantwortlich waren, verdeckten die Schuld des NS-Regimes am Leid und Tod von Millionen Deutschen.

Deshalb wird bis heute verschwiegen: Das NS-Regime führte seit dem Sommer 1944 Zwangsevakuierungen der deutschen Zivilbevölkerung durch, die rund die Hälfte der sogenannten Vertriebenen in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik brachten. Das NS-Regime selbst verursachte jene viel beklagte riesengroße humanitäre Katastrophe, der Hunderttausende deutsche Zivilisten zum Opfer gefallen sind. Solange man diese Tatsache nicht zur Kenntnis nimmt und unbegründete Vorwürfe gegen die einstigen alliierten Großmächte USA, Großbritannien und die UdSSR sowie gegen Polen und Tschechien erhoben werden, wird auch der neue Gedenktag nur alte Legenden weiter festigen. Dieser Zustand steht leider dem historisch adäquaten Bild des Zweiten Weltkriegs im Wege.

Warum ist die politische Macht der Vertriebenenverbände immer noch so groß, obwohl ein stetiger Mitgliederschwund festgestellt werden kann? Über welche Lobby verfügen sie und warum?

Eva Hahn: Ihr dürft Euch nicht vorstellen, dass die Vertriebenenverbände und ihre Politik von Menschen getragen werden, die einst vertrieben wurden oder wenigstens ihre Heimat verloren haben. Schon im Jahre 1955 soll nach Angaben der Landsmannschaften der Organisationsgrad der ‚Landsleute‘ nur 16,4 % betragen haben, und im Jahre 1965 ergab die Allensbach-Umfrage, dass nur knapp ein Prozent der Vertriebenen einer Landsmannschaft angehörten. Heute gehören die Vertriebenenpolitiker ohnehin schon durchwegs den Nachkriegsgenerationen an. Wie viele Mitglieder ihre Vereine haben, weiß außer ihnen niemand.

Und jetzt noch eine provokante Frage am Schluss: Wären die Vertriebenenverbände nicht die selbstverständlichen Verbündeten der Geflüchteten, die aktuell nach Deutschland kommen? Müssten sie nicht Zuflucht und Asyl für alle fordern, schon aus der eigenen Geschichte heraus?

Eva Hahn: Warum empfindet Ihr die Frage als provokant? Mir scheint sie naheliegend – vorausgesetzt allerdings, dass die Vertriebenenverbände aus Zusammenschlüssen humanistisch gesonnener Menschen mit Fluchterfahrungen hervorgegangen wären. Aber wie eben erläutert, standen an ihrer Wiege politische Kampfverbände, die sich mit der Nachkriegsordnung nicht versöhnen wollten und an historischer Wahrheit nicht interessiert waren. Inzwischen gaben sie ihre ursprünglichen Forderungen nach und nach auf, aber die Wahrheit darüber, wie und warum Millionen Deutsche im Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verloren haben, versuchen sie nach wie vor zu verschweigen. Wie sollen sie Verbündete der heutigen Flüchtlinge werden, wenn sie die Erfahrungen der einstigen heimatlosen Deutschen nicht interessieren?

Wisst Ihr, mir als Historikerin sind die bewegenden, unglaublich schweren Erfahrungen der deutschen Zivilbevölkerung vor allem im östlichen Europa inzwischen sehr vertraut, da ich mich schon seit Jahrzehnten mit dem Thema „Flucht und Vertreibung“ beschäftige. Deshalb denke ich, dass man die Erinnerungen daran nicht politisieren und auf Legenden aufbauen sollte. Das kommt mir gegenüber den Opfern einfach entwürdigend vor. Aber es ist auch entwürdigend, wenn deutsche Politiker immer noch den Legenden der einstigen besiegten Nazis anhängen, die ihre eigene Schuld zu verdecken suchten. Wäre es nicht besser, die Erinnerungen an die Erfahrungen derjenigen Deutschen, die im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verloren haben, endlich sachlich aufzuarbeiten, um sie in ihrer Vielfalt kennenzulernen und die Ursachen zu analysieren?

Die Forschungsergebnisse von Eva Hahn und ihrem Mann Hans Henning Hahn sind als Buch erschienen: Hahn, Eva/Hahn, Hans Henning: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2010

-
- ¹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2014/08/gedenktag-fuer-die-opfer-von-flucht-und-vertreibung.html>
- ² Bereits im Jahr zuvor hatten die Landesregierungen Bayern und Hessen Gedenktage für Flucht, Vertreibung und Deportation auf Landesebene beschlossen. Mit der Aufnahme des Begriffs der Deportation wurde dort sogar die so genannte Vertreibung mit der Vernichtung der Jüdinnen und Juden gleich gesetzt. .
- ³ <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/06/150620-Gedenktag-Flucht-Vertreibung.html>
- ⁴ Auf der Potsdamer Konferenz versammelten sich nach der deutschen Kapitulation 1945 die Siegermächte, um über die politische und geografische Neuordnung Deutschlands zu entscheiden. Einigkeit bestand darin, Deutschland vorerst politisch und militärisch zu entmachten. Von Deutschland sollte kein Krieg mehr ausgehen können. Dieses Ziel sollte mit den fünf Ds erreicht werden: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage, Dezentralisierung und Demokratisierung. In diesem Zusammenhang wurde auch „die ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ aus Ost- und Südosteuropa nach Deutschland vereinbart. Ab 1948 gründeten sich Vertriebenenverbände. Deren Sprecher verabschiedeten am 5. August 1950 die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, in der unter anderem das Recht auf Heimat als eines der „von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit“ bezeichnet und verankert wurde.
- ⁵ Die Wehrmacht hatte die Machtübernahme der NSDAP 1933 mehrheitlich begrüßt. Angesichts der aggressiven Außenpolitik der NS-Diktatur regte sich ab 1937/38 Opposition von einigen hohen Militärs. Diese brach aber schnell zusammen. Ein Grund dafür war, dass alle Soldaten den Eid auf Hitler als Oberbefehlshaber der Wehrmacht leisteten und ihm folgten. Eine Ausnahme bildete das fehlgeschlagene Bombenattentat auf Hitler vom 20. Juli 1944, das von Oberstleutnant Graf von Stauffenberg und seiner Gruppe vorbereitet und durchgeführt wurde. (ausführlich siehe Benz, Wolfgang (2003): Der militärischer Widerstand, Themenheft der Bundeszentrale für politische Bildung).
- ⁶ Gerhard Reichling: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil I: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940-1985, Bonn 1986, S. 57-58 (Hg. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen)
- ⁷ Ebd.